KREISZEITUNG
Böblinger Bote
Amtsblatt für Stadt und Kreis Böblingen
Heimatzeitung für Sindelfingen, Herrenberg, Schönbuch und Gäu

4.1.2006

A 81-Lärm: Anfrage im Parlament

SPD-Politiker bei BI

Böblingen - Der Ausbau der A 81 im Bereich Sindelfingen/Böblingen führt zu erheblichen Lärmbeeinträchtigungen und erfordert ein ausgeklügeltes Maßnahmenpaket für den Lärmschutz.

Zu diesem Ergebnus kamen der Sindelfinger Landtagsabgeordnete Stephan Braun (SPD) und Dr. Walter Caroli, Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Verkehr im Landtag von Baden-Württemberg, als sie die Bürgerinitiative "Leise A 81" besuchten.

"Wir wollen erreichen, dass den Bedürfnissen der Anwohner im Verfahren Rechnung getragen wird und haben deshalb in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative eine parlamentarische Anfrage auf den Weg gebracht", erläutert Braun. Er und Caroli pochen auf ein transparentes Verfahren und verlangen verbindlich Auskunft darüber, auf welchem Stand sich die Planung für den Ausbau der A 81 im Bereich Sindelfingen / Böblingen befindet. Auch wollen Sie Klarheit darüber, auf welcher Zeitschiene das Projekt realisiert werden soll und wann für das geplante Erörterungsverfahren im Februar 2006 eingeladen wird. Ebenso soll die Landesregierung darlegen, in welchem Umfang sie Beteiligte und Betroffene zu informieren gedenkt.

Darlegen müsse die Landesregierung nun auch, welche alternativen Lärmschutzmaßnahmen mit welchen Ergebnissen geprüft worden sind oder noch geprüft werden und ob an diesem neuralgischen Punkt eine teilweise oder vollständige Überdeckelung ins Auge gefasst wurde, welche Argumente nach Meinung der Landesregierung dafür oder dagegen sprechen und auf welchen Annahmen diese Argumentation beruht.

Nicht zuletzt verlangen Stephan Braun und Dr. Walter Caroli verbindlich Auskunft darüber, wie für eine Entscheidungstransparenz bei der Abwägung der Planungsvarianten gesorgt werden wird. Sie legen Wert darauf, von der Landesregierung zu erfahren, wie für die Vertreter der Anwohner eine fachliche und technische Vorabinformation der zur Diskussion stehenden Planungsvarianten erfolgt.

Darüber hinaus müsse die Landesregierung darlegen, ob es aktuelle Messungen von Schadstoffemissionen in unmittelbarer Nähe der A81 gibt.